

Lagezentrum

Berlin, 02. 01. 1990

Bericht

über die Lage im Zusammenhang mit der Auflösung der Kreis- und Bezirksämter für Nationale Sicherheit

Zu den ehemaligen Bezirksämtern (BA) bestehen tagsüber stabile Nachrichtenverbindungen über Wtsch und mittels Fernschreiber.

Die Arbeitsfähigkeit der ehemaligen BA stellt sich sehr differenziert dar und beschränkt sich in den BA Leipzig, Magdeburg und Rostock im wesentlichen nur auf die Bereiche, die im Zusammenhang mit den Entlassungen Aufgaben zu lösen haben. Die Maßnahmen zur Auflösung der ehemaligen BA wurden fortgeführt. Die Situation, bezogen auf das im ehemaligen Kreisamt Greifswald noch lagernde Schriftgut ist unverändert.

Am 04. 01. 1990 soll in Leipzig eine Beratung von Vertretern der Bürgerkomitees, die mit der Auflösung der ehemaligen BA befaßt sind, zur Abstimmung und Koordinierung ihres weiteren Vorgehens stattfinden.

Objekte und Einrichtungen des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit wurden am 02. 01. 1990 nicht an andere Nutzer übergeben (Stand vom 29. 12. 1989 ist noch gültig).

Während der Tagung des Operativstabes des Rates des Bezirkes Juhl am 02. 01. 1990 kam zum Ausdruck, daß in der Bevölkerung massive Ablehnung zur Zahlung von Übergangsbeihilfen und -renten an ehemalige Mitarbeiter von Staatsorganen, einschließlich des ehemaligen MfS/AFNS, besteht.

Nach wie vor gibt es Probleme bei der Arbeitsbeschaffung für ehemalige Mitarbeiter u.a. durch die Zurücknahmen von Zusagen für eine Arbeitsaufnahme. So wurden Einstellungen von ehemaligen Mitarbeitern durch die Belegschaften des Postamtes Arnstadt und der Druckerei Erfurt verhindert.

Stand der Entlassungen ehemaliger Mitarbeiter per 02.01.1990:

gesamt 23 632 Mitarbeiter

(davon AfNS Berlin - 7 040 Mitarbeiter, BA - 13 452
Mitarbeiter, Wachregiment - 3 140)

1 715 ehemalige Mitarbeiter nehmen eine Tätigkeit in den
Zollorganen auf.

Einschätzung der Lage in den Bezirken im Zeitraum
vom 24. 12. 1989 bis 01. 01. 1990

Die Mehrzahl der Vorsitzenden der Räte der Bezirke sowie der Regierungsbeauftragten informierten, daß

- die öffentliche Ordnung und Ruhe im Territorium gewährleistet ist
- angespannt an der Erfüllung der Produktions- und Versorgungsaufgaben gearbeitet wird
- die Solidaritätsleistungen der Bevölkerung für das rumänische Volk fortgesetzt werden
- neofaschistische Aktivitäten in stärkerem Maße Öffentlichkeitswirksam werden
- zahlreiche Grenzprovokationen zu verzeichnen sind
- im Zusammenhang mit dem verstärkten Reiseverkehr Stau- und Wartezeiten an den Grenzübergangsstellen auftraten und in grenznahen Gebieten es zu hohen Anspannungen, insbesondere im Gaststättenwesen, kam.

1.

Aus den Bezirken werden zahlreiche neofaschistische bis hin zu anti-sowjetischen Schmierereien gemeldet. Beispiele dafür sind:

- Berlin

So schändeten unbekannte Täter das sowjetische Ehrenmal im Treptower Park, indem sie am Sockel der Krypta und 8 Stelen Losungen antisowjetischen und neofaschistischen Charakters anbrachten.

- Gera

Am 01.01.1990 gegen 06.30 Uhr stellten Kräfte der Deutschen Volkspolizei fest, daß durch unbekannte Täter der sowjetische Ehrenhain für im Zweiten Weltkrieg gefallene Rotarmisten geschändet worden war. Die Täter hatten von 48 Grabsteinen die Sowjetsterne abgebrochen sowie fünf Grabsteine umgestürzt.

Durch die Bürger werden gegen diese Tendenzen Willensbekundungen durchgeführt.

In Beratungen der "Runden Tische" werden in diesem Zusammenhang Probleme der künftigen Arbeit der Sicherheitsorgane breit diskutiert. An die Regierung Modrow wird vom "Runden Tisch" die dringende Bitte herangetragen, alle erforderlichen gesetzlichen und organisa-

torischen Bedingungen dafür zu schaffen, "Radikalismus von links und rechts, Terrorismus, Antisemitismus und Sabotage" konsequent zu bekämpfen. In diesem Zusammenhang wurde die Meinung geäußert, unter Umständen unter parlamentarischer Kontrolle entsprechende Organe zu bilden, um das Vakuum, daß durch die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit entstanden ist, zu schließen.

Im verstärkten Umfang werden durch die Zollorgane neofaschistische Schriftmaterialien festgestellt, die von Bürgern der BRD in die DDR eingeschleust werden. Daneben wird die versuchte Einfuhr von Schreckschußpistolen, Munition und Rauschmitteln festgestellt.

Wiederholt wurde versucht, rechtswidrig Mark der DDR ein- bzw. auszuführen.

2.

An den Grenzübergangsstellen zur BRD ist in beiden Richtungen der erwartete hohe Reiseverkehr eingetreten. Dadurch kam es teilweise zu Verkehrsstaus auf der Straße.

Insgesamt reisten im Zeitraum vom 24. 12. 1989 bis 01.01.1990 ca. 4,6 Mio Bürger der DDR in die BRD bzw. nach Berlin (West) und ca. 3,3 Mio Bürger der BRD und Berlin (West) reisten in die DDR ein (Anlage 1).

Von den Bezirken **Magdeburg**, **Schwerin** und **Suhl** sowie **Berlin** wurde auf Probleme bei der Versorgung mit Bier hingewiesen. Des weiteren sind die gastronomischen Einrichtungen überlastet. Nach einer Meldung aus dem Bezirk **Magdeburg** zahlen Gäste aus der BRD in Gaststätten zum Teil in DM/DBB. Zunehmend wird sichtbar, daß Bürger der BRD unter Umgehung der Wechselstellen mit Bürgern der DDR Geld tauschen. Im Bezirk **Suhl** waren z.B. alle verfügbaren Gaststätten versorgungswirksam. Die zunehmenden Einreisen am 1. und 2. Weihnachtsfeiertag führten zu hohen Belastungen in der Gastronomie. Im volkseigenen und genossenschaftlichen Gaststättenwesen kamen mehr als 600 Kräfte mit Pauschalentlohnung zum Einsatz. Die Umsatzleistungen der Gastronomie lagen zum Teil deutlich höher als im Vorjahr.

Besonders in Großobjekten wirkte sich das Arbeitskräftedefizit von 300 Köchen und Kellnern aus. Es kam zu Andrang und Wartezeiten.

Im Einzelhandel traten keine erwähnenswerten Tendenzen im Abkaufverhalten auf.

3.
Auf Forderung von Bürgern wurden zahlreiche zusätzliche Grenzübergangsstellen zeitlich begrenzt eingerichtet.

Zum Beispiel hat der Vorsitzende des Rates des Kreises **Heiligenstadt/Erfurt** die Einrichtung von Grenzübergangsstellen für Fußgänger bei Glasehausen, Bischhagen, Kella und Döringsdorf veranlaßt. In Abstimmung mit den Grenztruppen der DDR ist eine durchgängige Öffnung vom 30.12.1989, 9.00 Uhr bis 01.01.1990, 22.00 Uhr erfolgt. In den Grenzkreisen **Bad Salzungen, Hildburghausen und Meiningen** wurden weitere Forderungen zur Öffnung der Staatsgrenze gestellt.

In den Kreisen **Wernigerode und Halberstadt/Mgdeburg** wird eingeschätzt, daß der Ausbau der Grenzübergangsstellen sowie der Straßen in den Kreisen dringend erforderlich ist und daß dafür zentrale Unterstützung wünschenswert wäre.

4.
Zahlreiche Fälle von Rowdytum wurden aus den Bezirken gemeldet.
Beispiele dafür sind:

- Beleidigungen und tätlicher Angriff gegen einen ABV durch einen Vorbestraften (seine Zuführung erfolgte)
- Tätlichkeiten gegen einen Zugführer und Reisende des P 4326 (Rowdys wurden der Transportpolizei zugeführt)
- ungeklärter Raubüberfall in Stendal (Untersuchungen laufen)
- In **Usedom, Wolgast/Rostock** gab es an der POS "Werner Seelenbinder" in der Nacht vom 31.12.1989/01.01.1990 provokatorische und beleidigende Schmierereien gegen den Direktor der Schule:
"Otto. Wir holen Dich, Du Schwein".
Die Büste W. Seelenbinders wurde ebenfalls mit Farbe beschmiert.
- In **Grevesmühlen/Rostock** wurden der Direktor und der Hauptbuchhalter des HO-Kreisbetriebes nach der Silvesterfeier am 01.01.1990, gegen 02.00 Uhr, von jugendlichen Tätern mit "Stasischweine" beschimpft und so zusammengeschlagen, daß sie in das Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Ein Täter wurde gefaßt.

5.
Die Übergabe der freiwerdenden Objekte des aufgelösten Amtes für Nationale Sicherheit an die örtlichen Räte ist nicht in dem erforderlichen Maße mit weiteren Festlegungen über deren weitere Nutzung verbunden.

Auf diesem Gebiet muß durch die Räte der Bezirke verstärkt Einfluß genommen werden, um deutlich sichtbare Ergebnisse für die Bevölkerung zu schaffen.

Der gegenwärtige Stand ist in Anlage 2 dargestellt.

W. G. G. G. G. G.

Anlage 1

Übersicht

zur Aus- und Einreise von Bürgern der DDR sowie der BRD und Westberlins über die Staatsgrenze der DDR zur BRD und zu Westberlin
(24.12.1989 bis 01.01.1990)

1. Reisen von Bürgern der DDR nach der BRD und Westberlin

Datum	Ausreise	Einreise
24.12.1989	159.000	keine Angaben
25.12.1989	328.415	247.927
26.12.1989	402.520	377.057
27.12.1989	908.806	744.323
28.12.1989	1.061.937	901.784
29.12.1989	785.165	675.721
30.12.1989	524.650	460.535
31.12.1989	242.702	209.486
01.01.1990	210.424	378.355
gesamt:	4.623.619	3.995.188

2. Reisen von Bürgern der BRD und Westberlin in die DDR

Datum	Einreise	Ausreise
24.12.1989	392.500	keine Angaben
25.12.1989	keine Angaben	keine Angaben
26.12.1989	666.369	698.545
27.12.1989	382.305	197.446
28.12.1989	370.310	380.310
29.12.1989	372.241	264.378
30.12.1989	386.535	269.386
31.12.1989	329.733	234.289
01.01.1990	415.192	537.957
gesamt:	3.315.158	2.562.311

Anlage 2

Übergabe von Objekten und Einrichtungen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit an andere Nutzer

Mit Stand vom 29.12.1989 wurden insgesamt 304 Objekte an territoriale Organe und Einrichtungen übergeben. Weitere 467 Objekte sind übergabebereit.

Bei den übergebenen 304 Objekten handelt es sich um:

- 192 ehemalige Kreisämter
- 67 Objekte der ehemaligen Bezirksämter
- 27 rückwärtige Einrichtungen
- 15 sonstige Dienstobjekte
- 2 ehemalige Gastehäuser
- 1 Wohnheim

Die Übergabe der Objekte an territoriale Organe und Einrichtungen ist trotz der erreichten Fortschritte noch nicht in jedem Fall mit exakten Festlegungen über deren weitere Nutzung verbunden. Beispiele für die bereits festgelegte Nutzung der Objekte wurden aus folgenden Bezirken gemeldet:

1. Bezirk Magdeburg

13 ehemalige Kreisämter werden künftig durch das Gesundheitswesen genutzt (in der Regel als stomatologische Zentren, Objekt Osterburg als Rehabilitationszentrum)

2 ehemalige Kreisämter nutzt künftig das Bildungswesen (1 Kindergarten, 1 Internat für Oberschüler)

2. Bezirk Karl Marx-Stadt

1 ehemaliges Kreisamt wird als Kreissekretariat des Deutschen Roten Kreuzes der DDR und als Leitstelle der Schnellen Medizinischen Hilfe genutzt (Oelsnitz/Vogtland)

3. Bezirk Neubrandenburg

Das ehemalige Bezirksamt wird künftig durch den Rat des Bezirkes, das Bezirksgericht, die Bezirksstaatsanwaltschaft und das Bezirksvertragsgericht genutzt. Weitere Teileinrichtungen werden folgender Nutzung zugeführt:

- Die Räume des Medizinischen Dienstes werden als Wohngebiets-Poliklinik genutzt.
- Die Kfz-Waschhalle wird als Auslieferungslager des IFA-Vertriebes genutzt.
- Das Objekt Sponholz übernimmt der Staatliche Forstwirtschaftsbetrieb.

Bei 2 ehemaligen Kreisämtern gibt es bereits Festlegungen zur weiteren Nutzung:

- 1 Kreisamt als Sitz des Kreisarztes (Ueckermünde)
- 1 Kreisamt durch den Bezirkssender (Neubrandenburg)

4. Bezirk Potsdam

- 1 Kreisamt wurde an das Deutsche Rote Kreuz der DDR übergeben (Luckenwalde)

- 1 Kreisamt wurde durch den Rat des Kreises Zossen übernommen

Zu den anderen Kreisämtern werden weitere Vorstellungen bis zum 10.01.1990 erarbeitet.

5. Bezirk Halle

Das ehemalige Bezirksamt wurde durch die Martin-Luther-Universität Halle besichtigt und für die Übernahme als geeignet befunden. Bewerbungen gibt es durch weitere Einrichtungen (Rat der Stadt Halle-Neustadt, Gesundheitswesen und Sender Halle) für eine Teilnutzung.

6. Bezirk Suhl

Die Objekte der ehemaligen Kreisämter werden künftig durch das Gesundheitswesen, die kommunale Wirtschaft und andere zivile Einrichtungen genutzt.